



Den Haag, den 7. November 1983

MINISTEER-PRESIDENT

Kopie Me.

Lieber Freund,

ich möchte mich nun, da die Vorbereitungen für die Sitzung des Europäischen Rats in Athen sich ihrem Abschluss nähern und die Mitgliedstaaten ihre bilateralen Kontakte intensivieren, mit einigen kurzen Bemerkungen an Sie wenden.

Ich tue dies in erster Linie aus einem Gefühl der Sorge um die Erfolgsaussichten dieser Sitzung des Rats. In den verschiedenen, zusammenhängenden Bereichen sind zwar Zeichen der Annäherung festzustellen, aber bei den wichtigsten Punkten gibt es noch beträchtliche Meinungsverschiedenheiten. Es ist sehr fraglich, ob in diesen Punkten in Athen entscheidende Durchbrüche gelingen werden. Doch sind solche Durchbrüche notwendig, damit die Gemeinschaft nicht gelähmt wird. Ich glaube, ich kann ohne Übertreibung sagen, dass gerade Sie, lieber Herr Kollege, in der Lage sind, die Suche nach Kompromissen aussichtsreicher zu machen und der Tendenz einige Mitgliedstaaten, eine Politik am Rande des Abgrunds zu treiben, entgegenzuwirken. Wenn Sie in Athen im allgemeinen europäischen Interesse die Rolle eines Initiators und Inspirators übernehmen wollen, können Sie auf meine volle Unterstützung rechnen.

Ich freue mich, feststellen zu können, dass sich die deutschen und die niederländischen Positionen während der Sonderratsgespräche im allgemeinen parallel zueinander entwickelt haben. Wir haben dabei, soviel ich weiss, auch praktisch dieselben Ausgangspunkte, die ich kurz wie folgt zusammenfassen möchte:

- den festen Willen, die Gemeinschaft so bald wie möglich von der schweren Bürde der Meinungsverschiedenheiten über die Verteilung der finanziellen Folgekosten auf die Mitgliedstaaten zu befreien, damit der Weg für neue, konstruktive Massnahmen frei wird;
- die Überzeugung, dass eine Erhöhung der Eigenmittel - wegen des Beitritts Spaniens und Portugals in jedem Fall erforderlich - nur dann vertretbar ist, wenn die gemeinsame Agrarpolitik rationalisiert wird und die Agrarausgaben einer wirksamen Kontrolle unterworfen werden;

An den Bundeskanzler der Bundesrepublik
Deutschland
Herrn Helmut Kohl.

die Gewissheit, dass dies alles nur dann wirklich sinnvoll sein kann, wenn es uns gelingt, Grundlagen für neue, zweckmässige politische Massnahmen auf europäischer Ebene zu schaffen, wobei der Stärkung des freien Binnenmarkts eine besondere Bedeutung zukommt.

Auf Einzelheiten aus den verschiedenen Dossiers will ich hier nicht eingehen. Allerdings bitte ich um Ihre besondere Aufmerksamkeit für zwei Aspekte.

Als erstes nenne ich hier das Problem der Währungsausgleichsbeträge. Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass die Bundesrepublik in dieser Frage ihre eigenen Auffassungen vertritt und dass für sie besondere Interessen auf dem Spiel stehen, und wir sind bereit, dieser Tatsache weitgehend Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang muss allerdings auch gesagt werden, dass eine Regelung, wie Sie sie wünschen, unserem Bestreben nach Rationalisierung der Agrarpolitik und nach Einschränkung der Ausgaben in nicht unerheblichen Masse zuwiderzulaufen droht. Ich bin daher der Auffassung, dass eine Regelung des Problems der Ausgleichsbeträge mit Vereinbarungen, insbesondere in bezug auf die Entwicklung der Agrarpreise, einhergehen müsste, die diese negativen Folgen auf ein absolutes Minimum beschränken. Eine wirklich restriktive Preispolitik wird daher immer dringlicher und nicht zuletzt deshalb besteht Bedarf an einer möglichst prägnant formulierten, umfassenden Norm, die dem Anstieg der Agrarpreise Einhalt gebietet. Ich hoffe, dass Sie diese Auffassung teilen.

Meine zweite Bemerkung betrifft die Probleme, mit denen Sie sich aufgrund der Tatsache konfrontiert sehen, dass die Bundesrepublik den grössten Beitrag zur Finanzierung der Gemeinschaftspolitik leistet, vor allem wenn man die Ausgleichszahlung berücksichtigt, die aller Wahrscheinlichkeit nach Grossbritannien gewährt werden muss. Die englischen Vorschläge auf diesem Gebiet gehen besonders weit und können, wie ich vermute, nicht die Basis für einen Konsens bilden, mit dem wir alle zufrieden wären. Ich möchte daher in aller Offenheit die Hoffnung aussprechen, dass die deutsche Position auch weiterhin durch Flexibilität und Pragmatismus gekennzeichnet sein wird, damit eine solche Einigung zustande kommen kann. Es könnte sich als ein grosses Hindernis erweisen,

wenn dies nicht der Fall wäre. Wir sind auf niederländischer Seite bereit, Ihrem Wunsch, der deutsche Beitrag dürfe nicht ad infinitum steigen, innerhalb vertretbarer Grenzen Rechnung zu tragen. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang auf unsere kürzlich unterbreiteten diesbezüglichen Vorschläge aufmerksam machen.

Lieber Herr Kollege, ich sehe unserer Zusammenarbeit in der kommenden Sitzung des Europäischen Rats mit Zuversicht entgegen und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

Rand. P. T. Lubbers.

An den Bundeskanzler der Bundesrepublik
Deutschland
Herrn Helmut Kohl
Bundeskanzleramt
5300 BONN-1.

Bundesrepublik Deutschland